

## Das Wirtschafts- und Sozialmodell der nordischen EU-Mitglieder

Wachstum, Innovation und gesunde Haushalte trotz hoher Staatsquote

*Ognian N. Hishow*

Auf dem EU-Gipfel im englischen Hampton Court am 27. und 28. Oktober wurde bei der Suche nach einem geeigneten europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell, das Wohlstand nachhaltig sichern und die Herausforderungen der Zukunft meistern helfen soll, wiederholt auf die Leistungen der nordischen Mitgliedsländer verwiesen. Alle drei Länder erzielen trotz – oder wegen – ihrer hohen Staatsquote zukunftsichernde Haushaltsüberschüsse und melden geringe Einkommensungleichgewichte. Ein homogenes nordisches Beschäftigungs- und Steuermodell existiert jedoch nicht. Zwischen den einzelnen Ländern bestehen markante Unterschiede: Finnland leidet unter Dauerarbeitslosigkeit, Dänemark verfolgt EU-weit die unternehmensfreundlichste Steuerpolitik und Schweden hat seinen Sozialstaat massiv zurückgefahren. Mittlerweile ist die Reduzierung der Staatsquote zum verbindenden Merkmal aller drei Länder geworden. Eine Übertragung des nordischen Systems auf die großen EU-Volkswirtschaften ist aus strukturellen und historischen Gründen nicht möglich; einzelne wirtschaftspolitische Elemente können jedoch übernommen werden.

Die kleinen nordischen Nationen Schweden, Finnland und Dänemark gelten seit jeher als wohlhabend, friedlich und sozial fürsorglich. Der hohe Lebensstandard Schwedens und Dänemarks war insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa fast sprichwörtlich. Das Pro-Kopf-Einkommen beider Länder war noch Mitte der sechziger Jahre das höchste unter den EU-15-Ländern, die Sozialleistungen des Staates galten in quantitativer wie qualitativer Hinsicht als weltweit einmalig. Zentral für das skandinavische Wirtschafts-

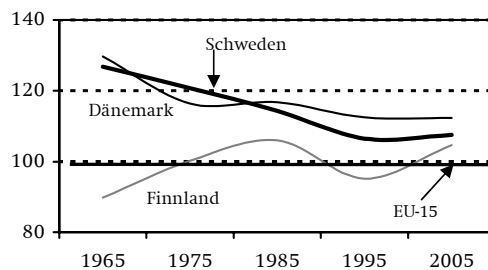
und Sozialmodell ist der breite gesellschaftliche Konsens über die Notwendigkeit und Aufrechterhaltung eines umfassenden Wohlfahrtsstaates.

Ein weiteres Charakteristikum war in der Vergangenheit das relativ geringe Wirtschaftswachstum. Während das Nachkriegswachstum in Kontinentaleuropa (ohne den Ostblock) bis in die siebziger Jahre hinein vergleichsweise dynamisch war, verzeichneten Schweden und Dänemark geringere jährliche Wachstumsraten. Das bereitete angesichts der hohen Pro-Kopf-Einkommen

jedoch keine Probleme. Finnland, das um 1960 rund 40% ärmer war als die anderen beiden nordischen Länder, erzielte kontinuierlich höhere Wachstumsraten und konnte um 1975 zu beiden Ländern aufschließen.

Die langfristig geringere Wirtschaftsdynamik Schwedens und Dänemarks bzw. die Wachstumsverlangsamung in Finnland nach dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion hatten zur Folge, daß die nordischen EU-Mitglieder ihre EU- und OECD-weit führende Stellung beim Pro-Kopf-Einkommen einbüßten (vgl. Graphik 1).

**Graphik 1**  
Pro-Kopf-Einkommen zu Kaufkraftparitäten relativ zur EU-15, in % (EU-15=100%)



Quelle: EU-Kommission.

Sie haben sich in der Nachkriegszeit dem EU-15-Durchschnitt angenähert, wobei ihr relativer Positionsverlust sogar noch deutlicher ausfiel, wenn nicht die gewichtigste EU-Volkswirtschaft – Deutschland – ebenfalls eine spürbare relative Verschlechterung verzeichnet hätte.

Was jedoch die skandinavischen Gesellschaften vom Rest der Union unterscheidet, ist der hohe Grad an sozialer Kohäsion, ausgedrückt in den OECD-weit niedrigsten Einkommensunterschieden nach Steuern. Ferner sind sie besser als die meisten anderen Partner in der Europäischen Union mit den jüngsten Herausforderungen der EU-Osterweiterung und Globalisierung fertig geworden. Seit Mitte der neunziger Jahre verzeichnen Schweden und Dänemark ein höheres, Finnland ein deutlich höheres Wachstum als der Rest der EU-15. Der Prozeß des relativen Positionsverlustes ist

somit zum Stillstand gekommen (vgl. Graphik 1). In allen drei Ländern konnten die Arbeitslosenraten reduziert werden. Mit Ausnahme Finnlands, wo die Rate in den letzten zehn Jahren immerhin halbiert wurde, liegt die Arbeitslosigkeit derzeit unter dem EU-Durchschnitt.

In der Debatte über die Reform der EU wird oft auf die wirtschaftspolitische Leistung der nordischen EU-Mitglieder hingewiesen, die trotz – oder wegen – der hohen sozialen Standards zustande kommt. Allerdings sind nicht immer gemeinsame Beschäftigungs- und steuerpolitische Grundsätze zu erkennen, die das »nordische Modell« ausmachen würden. Vielmehr gehen die Länder oft eigene Wege.

### Beschäftigung und Arbeitskosten

Die unterschiedliche Beschäftigungssituation ist eine der gravierendsten Differenzen zwischen den EU-Skandinaviern. In den neunziger Jahren mußte die finnische Volkswirtschaft eine integrationspolitische Wende vollziehen – weg von der Verflechtung mit den kollabierenden Wirtschaften Rußlands und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und hin zur EU. Aufgrund der höheren Anforderungen der westlichen Märkte an die Güte- und Technologiestandards fand auch ein Erzeugnisstrukturwandel statt, der den Anteil der Medium-Tech- zugunsten der High-Tech-Erzeugnisse an den finnischen Exporten verringerte. Die technologische Wende setzte zwangsläufig einen Prozeß der Produktivitätserhöhung voraus, der mit Umstrukturierungen und Entlassungen einherging, die die Arbeitslosenrate in die Höhe schnellen ließen. Auf dem Höhepunkt der Beschäftigungskrise im Jahre 1994 erreichte die Arbeitslosenrate einen Wert von 16,6% und lag damit um mehrere Prozentpunkte über der deutschen, französischen oder italienischen Arbeitslosigkeit jener Zeit.

Dänemarks und Schwedens Wirtschaft mußten aufgrund ihrer traditionellen Verflechtung mit der EU zwar keinen gravie-

renden außenwirtschaftlichen Wandel vollziehen; gleichwohl sahen sie sich gezwungen, im Zuge der voranschreitenden Globalisierung Anpassungen vorzunehmen. Mit 9,6% erreichte die Arbeitslosigkeit 1993 in Dänemark und mit 9,9% 1997 in Schweden jeweils einen vorläufigen historischen Höhepunkt; dagegen war die Arbeitslosenrate im wiedervereinigten Deutschland damals noch geringer. Beide Länder gingen im Grunde den auch in Deutschland viel diskutierten Weg der Umverteilung der Arbeit – sie kürzten die geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten ein wenig, bei gleichzeitiger leichter Steigerung der Erwerbsquote. Im Ergebnis werden in Schweden und Dänemark zur Zeit mehr Arbeitsstunden pro Jahr und Einwohner geleistet als in den langsam wachsenden EU-Volkswirtschaften Frankreich, Italien und Deutschland.

Auch in Finnland werden deutlich mehr Jahresarbeitsstunden pro Einwohner als zum Beispiel in Deutschland geleistet. Nur sind die Arbeitsstunden je Beschäftigten auf einem höheren Stand geblieben als in Schweden und Dänemark. In Kombination mit einer im Vergleich mit beiden Ländern geringeren Erwerbsquote liefert dies eine Erklärung für die höhere finnische Arbeitslosenrate.

Die Produktivitäts- und Einkommensstatistik kann helfen, das bessere schwedische Abschneiden beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und bei der Beschäftigung zu verstehen. So weist Schweden ein nur leicht höheres Pro-Kopf-Einkommen auf als der EU-15-Durchschnitt, bei einer unterdurchschnittlichen Stundenproduktivität. Letztere, und damit ein etwaiger Rückstand im Lebensstandard, wird in diesem Land wettgemacht durch längere Arbeitszeiten und höhere Erwerbsquoten als im Durchschnitt der EU-15.

Eine Verteilung der Arbeit »auf mehr Schultern« setzt eine entsprechende Anpassung der Arbeitskosten voraus, will man verhindern, daß die weniger produktiven Beschäftigten vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Die Lohnstückkosten – der Lohn-

anteil am BIP – paßten sich in Schweden dem Konjunkturzyklus sowohl in den neunziger Jahren als auch nach 2000 an – in der Phase konjunktureller Abschwächung 1991/92 und 2001/2002 gingen sie zurück und wirkten somit antizyklisch.

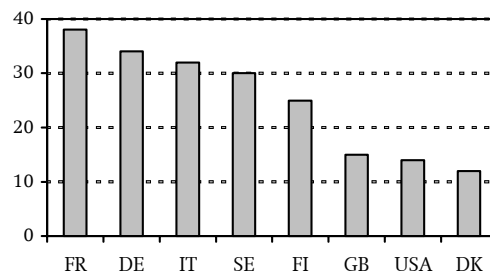
Dies gilt es bei der in wirtschaftspolitischen Diskussionen immer wieder artikulierten Auffassung zu bedenken, über Lohnerhöhungen lasse sich die Nachfrage der privaten Haushalte und über diese Nachfrage auch die Wirtschaft beleben. Gerade die nordischen Länder haben in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Anpassung nach unten und nicht nach oben vorgenommen. Über sinkende Arbeitskosten konnten sie damit das Arbeitsangebot und folglich das Wachstum und die Beschäftigung positiv beeinflussen.

Zwar haben auch andere EU-Länder wie Deutschland oder Frankreich ihre Lohnstückkosten nach unten korrigiert; nur ist in diesen Ländern entweder das Wachstum langsamer (Deutschland) oder die Arbeitslosigkeit größer (in beiden). Dabei sind die Arbeitskosten (Stundenlöhne zuzüglich Arbeitgeberanteil) in Schweden und Deutschland gleich hoch, während die französischen niedriger liegen.

Eine Erklärung dafür, warum Schweden seine Arbeitslosigkeit unter Kontrolle hat, liefert die Wirtschaftsstruktur: Der summarische Anteil der High-Tech-Industrien und -Dienstleistungen ist hier mit rund 11% des BIP (2000) fast doppelt so groß wie in Deutschland und um ein Viertel größer als in Frankreich. Die höhere Produktivität in diesem Sektor ermöglicht höhere Einkommen (Löhne), ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Sie bewirkt statistisch, daß ein größerer Anteil von Arbeitnehmern besser verdient. Lohnanpassungen in den restlichen Sektoren mit geringeren Einkommen fallen weniger gravierend aus, und es werden weniger Jobs am unteren Ende des Arbeitsmarktes eliminiert. Insofern bringt die günstigere Sektoralstruktur der schwedischen Wirtschaft ein größeres Beschäftigungspotential mit sich.

Für Dänemarks im Vergleich zu Deutschland und Frankreich geringer Arbeitslosenrate muß nach einem anderen Erklärungsmuster gesucht werden. Hier spielen die Lohnnebenkosten die Hauptrolle, die im EU- und OECD-Durchschnitt minimal sind (vgl. Graphik 2). Mehr noch, der Arbeitgeberanteil ist praktisch gleich Null. Ferner sind die Bruttolöhne in Dänemark geringer als in Deutschland und Schweden und gleich groß wie in Frankreich. Die Kombination aus etwas geringerem Bruttolohn

**Graphik 2**  
Lohnnebenkosten 2003 in der EU/OECD, in % des Bruttolohns



Quelle: OECD, Taxing Wages, <<http://www.oecd.org/dataoecd/26/8/2495227.pdf>>.

und spürbar geringeren Lohnnebenkosten machen den Standort Dänemark attraktiv, obwohl er eine traditionelle Wirtschaftsstruktur ohne hohe High-Tech-Anteile aufweist. Grund dafür ist, daß nach Abzug der Lohnnebenkosten vom »Brutto« – im Vergleich zu anderen Hochlohnländern – genug »netto« übrig bleibt. Das wirkt mäßigend auf die Lohnentwicklung und mildert den Verdrängungseffekt in Sektoren mit geringer Produktivität, die – wie das Beispiel der EU-Länder mit hoher Arbeitslosigkeit zeigt – besonders unter der Last der Lohnnebenkosten leiden.

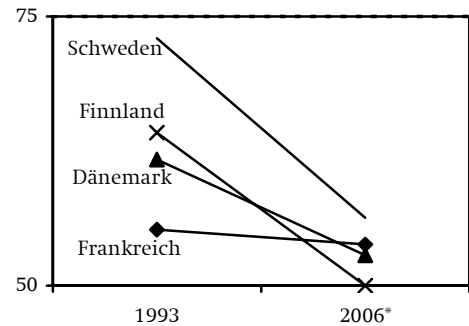
### Steuer- und Staatsquote

Wie erklärt sich das im Vergleich zu Deutschland größere Wachstum in Skandinavien vor dem Hintergrund einer höheren Staatsquote? Warum sind die Haushaltssalden positiv und die Gesamtverschuldung der nordischen Länder

geringer als in vielen anderen EU-Volkswirtschaften (Frankreich)?

Von der breiten Öffentlichkeit unbemerkt, haben die skandinavischen EU-Mitglieder ihre Hochsteuerpolitik teilweise korrigiert. Gegenwärtig melden Dänemark und Finnland geringere Staatsquoten als zum Beispiel Frankreich, auch die finnische Steuerquote liegt unter der französischen (vgl. Graphik 3 und Tabelle, 1. und 2. Zeile). Die drei nordischen Länder haben ihre Ausgaben in den letzten 15 Jahren viel stärker

**Graphik 3**  
Staatsquote in den nordischen Ländern und Frankreich, in % des BIP



\* Schätzung.

Quelle: EU-Kommission.

verringert als die anderen Hochsteuerländer in der EU. Charakteristisch für alle drei sind mittlerweile weniger die hohen Staatsanteile am BIP, sondern die mutige Kürzung dieser Anteile. In Schweden, Finnland und Dänemark wurde die Staatsquote von ihrem Maximum in den neunziger Jahren um jeweils rund 23, 22 und 14% reduziert; in Frankreich beträgt die entsprechende Kürzung lediglich 3%, und auch in den meisten anderen EU-Ländern mit hohen Staatsanteilen fallen die Kürzungen geringer aus. Im Ergebnis haben sich die Skandinavier der durchschnittlichen Staatsquote der EU-15 deutlich angenähert.

Als nächstes fällt auf, daß die nordischen EU-Mitglieder in ihrer Steuerstruktur und -politik durchaus nicht homogen sind – weder untereinander noch im Vergleich zu anderen EU-/OECD-Ländern (vgl. Tabelle). Dänemark belastet die Arbeitseinkommen

**Tabelle**  
**Steuerindikatoren nach Ländern 2005, in % des BIP**

	<i>Dänemark</i>	<i>Finnland</i>	<i>Schweden</i>	<i>Deutschland</i>	<i>Frankreich</i>	<i>USA*</i>
Staatsquote	53,7	50,6	56,6	46,6	53,9	33,8
Steuerquote	48,6	44,4	50,2	39,5	44,8	25,7
<i>Anteil an den Gesamtsteuer-</i>						
<i>einnahmen (% , 2000, ohne »Sonstige«)</i>						
Indirekte Steuern	30,8	28,5	20,0	27,2	25,2	20,0
Einkommenssteuer	52,7	30,7	35,6	25,3	18,1	35,0
Körperschaftssteuer	4,9	11,7	7,6	4,7	7,1	10,0
Sozialversicherungsbeiträge	4,5	25,6	28,0	39,1	36,2	27,0

\* Teilweise geschätzt.

Quelle: *EU-Kommission; OECD; UN ECE, ESE1/04, Tab. 5.3.5.*

am stärksten und hält im Gegenzug die Lohnnebenkosten gering, was sich als Standortvorteil erweist. Finnland hat unter den nordischen Ländern die niedrigste Staats- und Steuerquote; es belastet dagegen seine Unternehmen mit der Körperschaftssteuer stärker, was eine Erklärung für die höhere Arbeitslosigkeit liefert (vgl. Tabelle, vorletzte Zeile). Im Unterschied zu den anderen beiden Ländern haben Kapitalgesellschaften in Finnland weniger steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten.

Im erweiterten internationalen Vergleich sind die Steuerquoten Finnlands und Frankreichs gegenwärtig ähnlich hoch, aber unterschiedlich strukturiert. Die Sozialversicherungsbeiträge und damit die Lohnnebenkosten fallen in Frankreich und in Deutschland größer aus als in Finnland und erst recht in Dänemark (vgl. Tabelle, letzte Zeile). Bei gleich hoher Arbeitslosenrate in Frankreich und Finnland erzielt das skandinavische Land höhere Wachstumsraten und relativ größere Steuereinnahmen. Auch Dänemark und Schweden halten die Lohnnebenkosten in Grenzen und fördern somit das Wachstum ihrer Wirtschaft. Im Resultat erzielen alle drei Skandinavier Budgetüberschüsse, während Frankreich und Deutschland in den vergangenen Jahren regelmäßig den Stabilitäts- und Wachstumspakt verletzen.

Folglich sind die Unterschiede zwischen den skandinavischen Ländern hinsichtlich

Staatsquote, Steuerstruktur und Steuersätzen größer als die Gemeinsamkeiten. Trotzdem sind ihre Finanzen besser als in anderen Ländern darauf ausgerichtet, das Wachstum nicht abzubremsen und positive Haushaltssalden zu erzielen. Im Unterschied zu den langsam wachsenden EU-Ländern ist die fiskalische Haupteinnahmequelle die Steuer auf persönliche Einkommen. Die Besteuerung der Gewinne und die Belastung der Arbeit mit Sozialversicherungsbeiträgen sind dagegen von geringerer Bedeutung. In dieser Hinsicht ähnelt die skandinavische Steuerstruktur jener Großbritanniens und Irlands bzw. jener der USA, die im Lissabon-Prozeß als Benchmark für Wachstum und Innovation fungieren (vgl. Tabelle).

### **Lehren aus Skandinavien: Qualität geht vor Quantität**

Das nordische Wirtschafts- und Sozialmodell zeichnet sich bei allen nationalen Unterschieden durch eine aktive Rolle des Staates und ein hohes Maß an gesellschaftlicher Kohäsion aus. Der Gini-Koeffizient als Maß der Armutsrate ist in Skandinavien OECD-weit am niedrigsten, weil die Einkommensungleichheit über Besteuerung und Transfers spürbar vermindert wird.

Daraus ergibt sich die Frage, warum andere Hochsteuerländer in der EU entweder größere soziale Ungleichheit und/

oder unausgeglichene Haushalte in Kauf nehmen müssen. Eine Erklärung ist, daß die Steuerelastizität des Arbeitsangebots in Skandinavien geringer ist als in anderen EU-Gesellschaften. Das bedeutet, daß in den nordischen Ländern die hohen marginalen Steuersätze weniger abschreckend auf die Bereitschaft wirken, Arbeit anzunehmen. Das erklärt die EU-weit überdurchschnittlichen Erwerbsquoten in den nordischen Ländern, einschließlich der höheren Frauenerwerbsquoten. Dagegen wandern in anderen EU-Ländern mit steigender Steuerbelastung Unternehmen (und Beschäftigte) schneller ins Ausland ab oder driften in die Schattenwirtschaft.

Die traditionelle Bereitschaft der Skandinavier, eine hohe Staatsquote hinzunehmen, ist Ausdruck der positiven historischen Erfahrungen mit dem Staat und seinen Institutionen. Im Unterschied zu anderen Ländern wird dessen positive Fürsorgerolle höher geschätzt, da der Staat wegen der umfassenden Transfers auch als Quelle des Wohlstandes und nicht lediglich als unwillkommener Steuereintreiber gesehen wird. Dies ist eine Besonderheit der skandinavischen Konsensgesellschaft, die nicht ohne weiteres auf andere Nationen übertragbar ist.

Der hohe Bildungs- und Qualifizierungsstand in allen drei Ländern ermöglicht hohe Produktivitäts- und Einkommensniveaus und gibt ihnen genügend Spielraum, sich auf die wechselnden Anforderungen der Märkte einzustellen. Weil ihre Ökonomien klein sind und sie hohe Exportquoten verbuchen, können Finnland und Dänemark in der internationalen Arbeitsteilung Flexibilität zeigen. Sie sind in der Lage, rückläufige Exportnachfrage aus den langsam wachsenden EU-Ländern durch Umorientierung auf andere Partner schneller zu kompensieren als die großen Länder. Daß es auch andersherum gehen kann, haben insbesondere die Finnen während ihrer »Großen Depression« in den frühen neunziger Jahren erfahren, als das finnische BIP um ca. 15% zurückging. Große Volkswirtschaften haben dagegen den Vor-

teil, daß sich wegen ihrer breiter gefächerten Sektoral- und Erzeugnisstruktur positive und negative externe Schocks weitgehend gegenseitig aufheben. Kleine Länder müssen indes schnell und entschlossen reagieren, wenn sie eine Krise zu einem geringeren volkswirtschaftlichen Preis meistern wollen. Wie das Beispiel Finnland belegt, müssen sie dafür eventuell schmerzhaft Einschnitte in Kauf nehmen, zum Beispiel in Form von Beschäftigungsverlusten.

Schweden, das seine unabhängige Geld- und Wechselkurspolitik beibehalten hat, ist in einer komfortableren Position. Denn diese unabhängige Politik fördert den Aufschwung: Die Krone wurde in den beiden letzten Rezessionen gegenüber dem Euro und dem britischen Pfund real abgewertet, um die schwedische Exporttätigkeit zu beleben.

Dänemark, das zwar ebenfalls kein Mitglied der Eurozone ist, hat seine Währung eng an den Euro gebunden, womit es nur über einen geringen geldpolitischen Spielraum verfügt. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wird es auch in Dänemark darauf ankommen, über die Anpassung (das heißt in der Regel Verringerung) insbesondere der Arbeitskosten einen Aufschwung zu erzielen.

Neben den bereits genannten Besonderheiten spielt in den skandinavischen Ländern auch die Neigung eine positive Rolle, Konflikte im Konsens zu lösen. Aus ihr resultieren in allen drei Ländern moderate Lohnabschlüsse, die Wachstum und Beschäftigung begünstigen.

Nicht zuletzt verschafft das vorhandene Naturkapital in Schweden und Finnland bestimmten Industriezweigen (Holz, Papier) komparative Vorteile gegenüber der internationalen Konkurrenz, so daß selbst in Phasen wirtschaftlicher Schwäche die Gesamtnachfrage gestützt wird.

Frei von Problemen sind die Länder jedoch nicht: Insbesondere in Finnland verharrt die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Stand, sie liegt um bis zu vier Prozentpunkte über dem Wert der angelsäch-

sischen Volkswirtschaften. Ebenso wie Schweden erlebte das Land Anfang der neunziger Jahre eine Rezession, die schwerer war als in anderen westlichen Industrieländern; in beiden Volkswirtschaften ging die Wirtschaftsleistung drei Jahre hintereinander zurück.

Dieser makroökonomische Schock entfaltete jedoch eine heilsame Wirkung: Finnland restrukturierte zum Preis massiver Entlassungen seine Wirtschaft und schwenkte anschließend wieder auf einen Wachstumspfad ein. Schweden kürzte seine Staatsquote radikal – von 73% 1993 auf gegenwärtig 56,5% des BIP – und glich sie damit dem Rest der meisten EU-Länder an. Im öffentlichen Sektor wurden Entlassungen durchgesetzt, die Zumutbarkeitskriterien für die Arbeitsaufnahme bei Arbeitslosigkeit wurden verschärft. Gleichzeitig wurde die aktive Beschäftigungspolitik ausgebaut: Würde man die Quote der Arbeitslosen in Beschäftigungsprogrammen mit einrechnen, wäre die Arbeitslosenrate effektiv um bis zu zwei Prozentpunkte höher.

Dänemark war stets bemüht, als Wirtschaftsstandort – der im internationalen Vergleich ansonsten kein ausgeprägter High-Tech-Standort für Finalerzeugnisse ist – durch eine unternehmensfreundliche Steuerpolitik und durch geringe Lohnnebenkosten attraktiv zu bleiben. Die Steuerbelastung der Unternehmen in Dänemark ist sogar geringer als in wirtschaftsliberalen Ländern wie den USA, Großbritannien oder Irland.

### **Kopierfähigkeit des skandinavischen Modells?**

Eine direkte Übertragung der nordischen Erfahrungen auf die großen europäischen Problemwirtschaften wie Deutschland oder Frankreich ist weder möglich noch sinnvoll. Die hohe Steuerquote in den skandinavischen Ländern bewirkt, daß der Privatverbrauch dort langsamer steigt als im OECD-Durchschnitt. Für die kleinen, überaus offenen Volkswirtschaften Dänemarks,

Finnlands und Schwedens ist dieser Effekt weniger problematisch als für die großen Länder, in denen der Privatverbrauch die wichtigste Nachfragekomponente ist.

»Mehr Staat« würde hier das Wachstum konterkarieren, nicht fördern. Aus dieser Erkenntnis heraus haben auch die Skandinavier ihre Staatsquote spürbar gekürzt.

Übernahmewürdig ist dagegen die Innovationsfreudigkeit der nordischen Volkswirtschaften, die ihnen Wettbewerbs- und damit Wachstums- und Haushaltsvorteile verschafft. Nachahmenswert ist auch die Entschlossenheit, Arbeitsaufnahme bei Arbeitslosigkeit aktiv zu fördern und zu fordern.

Der Erfolg der nordischen EU-Mitglieder beruht auf einer Kombination aus faktischen Gegebenheiten (kleine offene Ökonomien, gewachsenes Vertrauen in die Fürsorgefunktion des Staates, Naturressourcen) und genuinen Leistungen (hoher Bildungsstand und damit hohe Produktivität und Arbeitseinkommen, Anpassungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb, effiziente Verwaltung und Steuerung staatlicher Zuwendungen). Es ist nicht der »große Staat« per se, der Skandinavien den Erfolg beschert. Folglich ist von jedwedem mechanischen Kopieren des nordischen Wirtschafts- und Sozialmodells durch andere Nationen mit abweichenden Voraussetzungen abzuraten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364